

Kiel, 22. April 2022

## Pressemitteilung

### **Inflation bekämpfen - MIT fordert Bundesregierung zum Handeln auf**

**Die MIT-Schleswig Holstein fordert die Bundesregierung zu entschlossenerem Handeln gegen die anhaltende Preissteigerung auf. Inflationsraten von fünf bis sieben Prozent in Deutschland und Europa sind eine große Gefahr für das Einkommen der Bürger, das Vermögen der Sparer sowie das reale Wachstum der deutschen und europäischen Volkswirtschaften, heißt es in einem Beschluss.**

„Es geht nicht nur viel Vertrauen in unsere Währung verloren“ sagt Stefan Lange, Landesvorsitzender der MIT Schleswig-Holstein. „Die Unternehmen verlieren auch Sicherheit bei der Preiskalkulation mit teilweise existenzgefährdenden Folgen. Es gehen Aufträge verloren, weil teilweise die Preise wenige Tage nach Erstellung eines Angebots bereits wieder angepasst werden müssen.“

Weil die Arbeitgeber der Geldentwertung entgegenwirken müssen, um ihre Mitarbeiter zu halten und Arbeitnehmer einen Ausgleich für ihre realen Einkommensverluste verlangen, ist durch höhere Tarifabschlüsse eine weitere Spirale nach oben zu befürchten. Die Preissteigerungen bei Rohstoffen wirken zusätzlich wie ein Brandbeschleuniger. Die MIT Schleswig-Holstein fordert deshalb Bundesregierung und EZB zu entschiedenem Handeln auf:

**Die EZB muss** die Wertpapierkäufe einstellen und die Zinssätze schrittweise erhöhen. Der Ukrainekrieg sorgt für noch mehr Preisdruck, weil es Ausfälle auf der Produktionsseite bei steigender Nachfrage gibt. Die Euroländer müssen bei der EZB darauf dringen.

**Die Bundesregierung muss** Haushaltsdefizite verringern, statt sie durch neue Schulden -teilweise unter Umgehung der Schuldenbremse- zu vergrößern. Es ist Zurückhaltung bei konsumtiven Ausgaben sowie ein Abbau von Subventionen geboten. Jeder schuldenfinanzierte Euro an Staatsausgaben erhöht die preistreibende Nachfrage und schafft zusätzliche Angebotsknappheit.

Stefan Lange: „Die Bundesregierung darf die Inflation nicht einfach galoppieren lassen und mit den Schultern zucken. Bundesfinanzminister Lindner hat die Gefahren ja offenbar erkannt. Allerdings fehlen finanz- und haushaltspolitische Maßnahmen, die der Inflation entgegenwirken könnten.“

*Die Mittelstands-und Wirtschaftsunion Deutschlands (MIT) ist die größte parteipolitische Wirtschaftsvereinigung Europas. Sie engagiert sich insbesondere für die Belange der Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU). Der schleswig-holsteinische MIT-Landesvorsitzende Stefan Lange ist als direkter Ansprechpartner unter stefan.lange@mit-sh.de oder telefonisch unter 0173 2759583 für Gespräche oder Informationen erreichbar.*

**Mittelstands-und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein (MIT)**

V.i.S.d.P.: Thomas Klömmer, Landesgeschäftsführer, Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel, Tel.: 0431 6609965,

E-Mail: [info@mit-sh.de](mailto:info@mit-sh.de); [www.mit-sh.de](http://www.mit-sh.de)